

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Landesaufnahmegesetz (Drucksache 6/3080)

Investitionspauschale für Wohnungen und Wohnverbände für Geflüchtete erhöhen

Der Landtag möge beschließen:

Die Unterbringung von geflüchteten Menschen in Wohnungen und Wohnverbänden finanziell gegenüber der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften zu privilegieren. Das soll durch eine Erhöhung der Investitionspauschale in der Erstattungsverordnung für die Unterbringung in Übergangswohnungen und Wohnverbänden gegenüber der Investitionspauschale für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften erfolgen.

Begründung:

Die Landesregierung will durch eine Erweiterung der Investitionspauschale für Wohnungen und Wohnverbände finanzielle Anreize für Unterbringungsformen jenseits von Gemeinschaftsunterkünften schaffen. Die damit eingeschlagene Richtung ist richtig, denn bislang bildet Brandenburg bundesweit mit das Schlusslicht hinsichtlich der Wohnungsquote. Wichtig ist jedoch, die Auswirkungen der finanziellen Fehlanreize der vergangenen Jahre durch eine Besserstellung der Förderung von Unterbringung in Wohnungen und Wohnungsverbänden auszutarieren. Aus integrationspolitischer Sicht ist es angezeigt, geflüchtete Menschen und solche, die schon länger/immer hier leben, in sozial-gemischten Quartieren zusammen zu bringen. Anonyme Massenunterkünfte verhindern Integration und fördern Ressentiments gegenüber Geflüchteten. Diese negative Entwicklung muss vermieden werden.

In einigen Landkreisen und kreisfreien Städten besteht ein hoher Wohnungsleerstand. Einige dieser Kreise und kreisfreien Städte unternehmen bereits jetzt große Bemühungen, geflüchtete Menschen in diesem vorhandenen Wohnraum unterzubringen. Sie werden durch eine Erhöhung der Investitionspauschale für Wohnungen und Wohnungsverbände deutlicher unterstützt. Zudem entstehen durch eine Privilegierung von Investitionen in Wohnungen und Wohnverbände dauerhaft günstige Wohnungen für alle Menschen. Davon profitieren perspektivisch Menschen mit ohne Fluchthintergrund, Studierende, Menschen mit wenig Geld oder Ältere. Bevorzugte Förderung von Wohnungen und Wohnverbänden schafft die Voraussetzung für menschenwürdige Lebensräume für Alle und eine gute soziale Durchmischung.

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN